Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31302
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girostelle Blasewitz Nr. 650
Postscheck-Konto: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drechsel, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Illust. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Märchenstunden, Aus alter und neuer Zeit, Radio-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 1.20, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 1.— Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeld. Druck: Clement Lange (Inh. Fritz Lange), Dresden-A. Die unverl. eingesandt. Manuskripte ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, übern. wir keine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 6gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 30% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeber.

280 — Donnerstag, den 3. Dezember — 1925

Bedenkliche Zuspitzung der Wirtschaftskrise

Wiederaufnahme der Luftfahrtverhandlungen — Die „Schnüffel"-Kommissionen verschwinden — Annahme des Handelsvertrags mit Italien im Reichstag

Briands Regierungserklärung

Die programmatische Erklärung, mit der das Kabinett Briand gestern nachmittag vor die Kammer und den Senat getreten ist, hält den Augenblick für gekommen, um Maßnahmen zu ergreifen, die den regelmäßigen Gang des öffentlichen Lebens und die normale Entwicklung der nationalen Wirtschaft sicherstellen. Wir haben, so heißt es in der Erklärung weiter, uns schon jetzt entschlossen, Maßnahmen zu fördern, die es gestatten, die Konsolidierung irgendeines Teiles der öffentlichen Schuld zu verhindern. In der Absicht, keine Beunruhigung in die Staatswirtschaft und die Privatwirtschaft zu tragen, ist die Regierung unter den augenblicklichen Umständen, wie übrigens jedes andere Ministerium an ihrer Stelle, gezwungen, vom Parlament provisorische Erleichterungen zu fordern. Sie werden aber auf das für das Schatzamt unumgängliche Notwendige beschränkt. Die Regierung wird Maßnahmen vorschlagen, die der autonomen Tilgungskasse eine endgültige Einnahmequelle sichern, gezogen aus allen Formen des erworbenen Reichtums, und zwar unter Modalitäten, unter denen die nationale Einheit nicht leiden wird. Die Sanierung unserer Finanzen kann nicht endgültig durchgeführt werden, ohne daß eine loyale Verständigung mit den großen Nationen erfolgt, die der Krieg zu unseren Gläubigern gemacht hat.

Der Pakt von Locarno

ist gestern in London unterzeichnet worden. Die Politik internationaler Abkommen, denen wir uns angeschlossen haben, und die Frankreich alle wünschenswerten Sicherheitsgarantien geben werden, wird die militärischen Lasten herabzusetzen erlauben, die noch weiter erleichtert werden, wenn das Parlament die von den früheren Regierungen ausgearbeiteten Gesetze angenommen haben wird. Die Regierung wird unverzüglich das Wahlregime des allgemeinen Wahlrechts einführen. Die Regierung wir daher die Rückkehr zu den Arrondissementswahlen vorschlagen.

Nach Verlesung der programmatischen Erklärung brachte der Finanzminister Loucheur die angekündigten Gesetze, betreffend Erhöhung der Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat und Erhöhung des Notenumlaufes ein.

Dann besteigt Loucheur die Tribüne und entwickelt sein

Finanzprogramm.

Es sieht eine Erhöhung der Geldumlaufgrenze um 7½ Milliarden Franken vor. Zur Deckung dieses Betrages werden folgende neue Steuern vorgeschlagen: 10prozentige Nachforderung der Steuern für 1925, die bis zum 31. Dezember 1925 nicht bezahlt sind, 50prozentige Besteuerung der Mobilierwerte. Außer der Inflation sieht das Finanzprogramm an Steuern noch eine 50prozentige Besteuerung der Industrie- und Wirtschaftsgewinne vor.

Die Ausführungen Loucheurs rufen lebhaften Widerspruch hervor sowohl auf der Linken wie auf der Rechten und bei einem Teil des Zentrums. Die Regierung beantragt dann Vertagung der Debatte. Der Antrag wird mit 415 gegen 154 Stimmen angenommen.

Die Sozialisten gegen die Finanzgesetze.

Paris, 2. Dezember. Die sozialistische Kammerfraktion hat heute abend in einer Sitzung mit 34 gegen 29 Stimmen beschlossen, gegen den Regierungsentwurf zu stimmen.

Vertrauensfrage Briands.

Paris, 2. 12. Die Kammer beschloß mit 208 gegen 113 Stimmen, zur Beratung der einzelnen Artikel des von Loucheur vorgeschlagenen Finanzsanierungsplanes überzugehen, nachdem Briand die Vertrauensfrage gestellt hatte.

1300 Konkurse, 470000 Arbeitslose!

Eine besorgniserregende Statistik

Gestern abend sprach im großen Saale des Reichswirtschaftsrates vor dem Reichsbund deutscher Technik Ministerialdirektor Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium über die Lage und Aussichten unserer Wirtschaft. Er hob dabei hervor, daß eine wesentliche Beruhigung unserer außenpolitischen Verhältnisse eingetreten sei. Ganz im Gegensatz dazu sei die innerdeutsche Wirtschaft von den verschiedensten Krisenerscheinungen bewegt. Als charakteristische Merkmale für diese

innerpolitische Krise

gab er einige interessante Zahlen an.

Während im Januar 1924 monatlich noch 29 Konkurse festgestellt wurden, stieg diese Zahl bis zur Mitte desselben Jahres auf 895. Im Januar 1925 setzte sie mit 796 ein und stieg im September auf 914, im Oktober auf 1164 und im November auf 1300.

Eine ebenso steile Kurve weisen auch die Wechselproteste auf. Im März dieses Jahres waren es 2691 und im November schätzt man die Zahl auf 5406. Auch die Landwirtschaft hat ganz erheblich unter den mißlichen Wirtschaftsverhältnissen zu leiden, beurteilt man doch die Höhe der laufenden landwirtschaftlichen Wechsel auf etwa eine halbe Milliarde Mark. **Zwangsversteigerungen von Gütern werden, obwohl nur noch ein Drittel bis ein Viertel des Friedenswertes überhaupt zu erhalten ist, aus Mangel an Bietern abgebrochen.**

Ebenso schreckenerregende Ziffern sind auch auf dem Arbeitsmarkt festzustellen. Am 15. Oktober hatten nur 298 000 Arbeitslose, am 1. November 363 000 und am 15. November 470 000. Es besteht aber die betrübliche Aussicht, daß im Dezember die Zahl noch bei weitem überschritten wird. Damit würden wir uns etwa dem Zustande nähern, der zur Zeit des Ueberganges von der Inflation zur Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkte herrschte.

Die Grundlagen hierfür liegen einesteils in dem Mangel an Betriebskapital und nötigen Krediten, und zweitens in der außerordentlich schlechten Lage des Absatzmarktes. Während die erste Erscheinung eine typisch deutsche ist, ist der Mangel an Absatzmöglichkeiten internationaler Natur. Um dem Mangel an Kredit in Deutschland abzuhelfen, hat unsere Wirtschaft ausländische Kredite aufgenommen. Als Ausweg aus der Krise sah der Redner die Einstellung nicht nur der Unternehmungen und Betriebe, die aus der Inflationszeit stammten, sondern auch der, deren Produktions- oder Betriebsform einer Nationalisierung entgegenstände. **Es müsse eine Verminderung der Produktionsstätten und eine Verminderung unseres wirtschaftlichen Verteilungsapparates eintreten.**

*

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten behandelte verschiedene Anträge wegen Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge. Angenommen wurden ein Zentrumsantrag, demzufolge die Unterstützungssätze der Hauptunterstützungsempfänger ab 15. Dezember um 30 Prozent erhöht werden sollen.

Die Ergebnisse der Londoner Besprechungen

Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann haben mit den alliierten Staatsmännern anläßlich der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages in London mehrere Besprechungen abgehalten, deren Zweck es war, über die wichtigsten politischen Fragen, die mit dem Inkrafttreten der Verträge zusammenhängen, schon jetzt eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Außenminister Dr. Stresemann hat sich ziemlich zuversichtlich über die Situation geäußert, als er den Vertretern der Presse nähere Mitteilungen über diese Besprechungen der Staatsmänner machte. In der Hauptsache hat man sich über die Frage der

Verminderung der Besatzungstruppen

unterhalten, und es steht schon jetzt mit einiger Sicherheit fest, daß wenigstens Belgien bereit ist, die Stärke seines Besatzungskontingentes um zwei Drittel zu kürzen, so daß die belgische Besatzungsarmee in Zukunft nicht mehr als etwas über 5000 Mann betragen würde. Eine formulierte Zusage der Franzosen liegt zur Zeit noch nicht vor, doch hofft man, daß die Verhandlungen mit der französischen Regierung ebenfalls zu einer Einigung führen werden.

Ueber die

Saargebietsfrage

soll Mitte Februar in Paris eine Konferenz einberaumt werden, in der die deutschen Forderungen hinsichtlich der Erleichterungen des Saarregimes nachgeprüft werden. Zu gleicher Zeit wird man über die vollständige Beseitigung der interalliierten Militärkommission sowie über die Frage der Besatzungsfristen verhandeln.

Es steht noch nicht fest, welchen Charakter die in Aussicht genommene Konferenz tragen soll, denn man wird sich erst darüber klar werden müssen, wie groß der Fragekomplex sein wird, der zur Erörterung gestellt werden kann. Die neue deutsche Regierung, die jetzt gebildet wird, wird die Aufgabe haben, die in Aussicht genommene Konferenz eingehend vorzubereiten, und man wird sich besonders darüber schlüssig werden müssen, ob es notwendig sein wird, den Außenminister persönlich zu den Verhandlungen nach Paris zu delegieren.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob es sich auf der Grundlage der Locarno-Verträge ermöglichen lassen wird, Frankreich zu einer grundsätzlichen Aenderung seiner Politik gegenüber Deutschland zu veranlassen und namentlich in der Beseitigung der Frage der Rheinlandbesetzung und der Anerkennung der deutschen Luftfahrtfreiheit zu einem befriedigenden Resultat zu kommen.

Also sprach Amerika!

Der Tatsache der Trockenlegung Amerikas, d. h. dem Verbot des Erzeugens alkoholischer Getränke und ihrer Verbreitung durch den Handel, wird von der deutschen Bevölkerung noch immer nicht die genügende Beachtung gewidmet. Nimmt die große Menge hierzulande überhaupt von dieser Angelegenheit Notiz, so tut sie es mit mehr oder weniger schlechten Witzen als über ein Kuriosum, das uns eigentlich nichts anginge. Solche Indolenz gegenüber einem weltwichtigen Ereignis kann sich einmal bitter rächen. Seit Jahr und Tag sind in Deutschland eifrig Mächte am Werke, um jenes volkswirtschaftliche Experiment auch an uns zu versuchen, obwohl die Erfahrungen, die man in den Vereinigten Staaten mit dem Prohibitionsgesetz gemacht hat, als warnendes Exempel dienen könnten.

Es soll gewiß nicht geleugnet werden, daß Alkohol die größten Gefahren für die Gesundheit und das geistige Wohl eines Volkes in sich bergen kann. Der Gewohnheitstrinker und gar erst der Säufer ist sich selbst der größte Feind, ein Schädling der Gesellschaft, ein Unglück für seine Familie, ein Verbrecher an seiner Nachkommenschaft. Ihm müssen Fesseln angelegt werden, und alle Maßregeln, das Laster der Trunksucht zu verhindern und auszurotten, sind erlaubt und geboten. Aber es heißt doch den Teufel mit Beelzebub austreiben, wenn man für die Sünden Einzelner die Gesamtheit durch drakonische Zwangsmaßregeln bestraft. Und das ist durch die Trockenlegung Amerikas geschehen.

Starken Widerhall fanden die Bestrebungen der amerikanischen Anti-Saloon-Liga, als die Union in den Weltkrieg eintrat. Um die gesamte Energie des amerikanischen Volkes auf das einzige Ziel des Sieges zu konzentrieren, um die Disziplin des Heeres und der Marine aufrechtzuerhalten, schien der Verzicht auf Alkohol für die Kämpfenden ein Gebot des Patriotismus. Das galt ja auch bei uns. Aber wir wissen, wie wenig der Grundsatz an allen Fronten von den Kombattanten befolgt werden konnte, und daß nach mißglückten Versuchen erzwungener Enthaltsamkeit Spirituosen als Stimulantien von den Befehlshabern erlaubt und sogar begünstigt wurden. Nichtsdestoweniger blieb die Antialkoholpropaganda im Fluß und führte nach Friedensschluß durch gesetzliche Regelung zur sogenannten Trockenlegung Amerikas.

Seitdem sind fast zehn Jahre dahingegangen. Als unbeteiligte Zuschauer können wir Deutschen mit fast historischer Objektivität die Wirkungen dieses Gesetzes nunmehr übersehen. Sie sind ganz andere, als die Fanatiker der Propaganda es sich träumen ließen. Die Prediger des Kreuzzuges gegen den Alkohol hatten ihren Gläubigen das Paradies auf Erden versprochen, während kritischere Parteigänger zum mindesten die Beseitigung der Trunksucht, wesentliche Verminderung der Kriminalität, Ausschaltung gewisser Kategorien von Krankheiten davon erwarteten. Keine ihrer Hoffnungen soll sich leider erfüllt haben. Um so sicherer, wenn die Nachrichten, die von drüben kommen, nur einigermaßen stimmen, ist das positive Ergebnis des Verlustkontos: Blühende Industrien von Brauereien und Brennereien vernichtet, Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, enorme Ausfälle an Steuerein-